

## „Frieden“ und „Gerechtigkeit“ als Inhalte kirchlichen Engagements in den USA

VON HERMANN VOGT

Von unseren sozialetischen und kirchensoziologischen Erkenntnissen her ist es erlaubt zu sagen, daß die Kirchen grundsätzlich auf das Leben der Gesellschaft und des Staates, in denen sie leben, bezogen sind. Insofern besteht eine ständige Korrelation zwischen kirchlichen und staatlichen, kirchlichen und gesellschaftlichen Kategorien. Das heißt zugleich, daß zwischen Kirchen und Staat ein Dialog über die Gestaltung gesellschaftlichen Lebens geführt werden kann. Die variable Beziehung zwischen Kirche und Staat läßt sich sowohl im rechtlichen Bereich (in der Bundesrepublik beispielsweise nachzuweisen an den immer wieder entstehenden politischen und staatskirchenrechtlichen Diskussionen über die dem pluralistischen Staat und den Kirchen entsprechende Trennungsordnung) wie in dem Bereich der Entfaltung gesamtgesellschaftlich relevanter Inhalte deutlich erkennen. In staatskirchenrechtlich geprägten Begriffen wie „Öffentlichkeitsanspruch“ und „öffentliche Verantwortung“ der Kirchen hat man das Spezifikum kirchlichen Denkens und Handelns in und für die Gesellschaft bisher einzufangen gesucht.

Der Prozeß der Meinungsbildung und der Entscheidung innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland vollzog deshalb von Anfang an die gesamtgesellschaftliche Bewegung in der Bundesrepublik nach und war Teil der allgemeinen Entwicklung der politischen, ethischen und weltanschaulichen Diskussion. Die Probleme der Wiederbewaffnung und der Ostpolitik, der Notstandsgesetzgebung, der Strafrechtsreform und der politischen Extremisierung der deutschen Gesellschaft wurden innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Landeskirchen analysiert und in innerkirchlichen Teilkonflikten realisiert. Zu den Fragen der sozialen Gestaltung des Lebens in der Bundesrepublik sind schon seit geraumer Zeit die Probleme des internationalen Friedens, der Konfliktanalyse und -minderung in den Krisengebieten der Erde und der sozialen und ökonomischen Entwicklung im Weltmaßstab getreten. Hiervon geben die verschiedenen Denkschriften Zeugnis, die im Rahmen der Evangelischen Kirche in Deutschland zu diesen politischen, ethischen und ökonomischen Fragen veröffentlicht wurden. Die wesentliche Vermittlung bei der

Ausgestaltung und Veränderung der sozialetischen Fragestellungen ist dabei der anregenden Arbeit des Ökumenischen Rates der Kirchen zu verdanken.

Eine neue Dimension sozialetischer und soziopolitischer Fragestellung wird aus der Gesellschaft der USA erkennbar: Themen wie Friedensbereitschaft einer Großmacht, Abrüstung im Weltmaßstab, soziale und ökonomische Entwicklung von bisher nur strategisch genutzten Regionen der Erde sowie Entschärfung des Ost-West-Konflikts. Die Kirchen in den Vereinigten Staaten sind an der Auseinandersetzung über diese Themen sehr stark beteiligt, indem sie von der ökumenischen Diskussion wechselseitig profitieren bzw. sie grundsätzlich beeinflussen. Innerhalb des allgemeinen Rahmens der Stichworte „Frieden“ und „Gerechtigkeit“ wird im folgenden eine Einführung in die Elemente und Tendenzen der kirchlichen Diskussion in den Vereinigten Staaten gegeben.

Vor dem Hintergrund einer zunehmend weite Kreise der amerikanischen Gesellschaft umfassenden öffentlichen Kritik an dem Verhalten der Regierung in außen- und rüstungspolitischen Fragen sowie in den Bereichen der Entwicklungs- und Friedenspolitik sind auch in den Äußerungen kirchlicher Stellen in den USA klare Hinweise auf eine bewußtere und kritischere Haltung in sozialen und sozialetischen Fragen erkennbar. Auslösende Wirkung hatte in den Jahren nach 1969 vor allem die allgemeine Kritik an der Ausweitung des Einflusses des Militär-industriellen Komplexes (Military-Industrial Complex — MIC) in der amerikanischen Gesellschaft. Aus der Heftigkeit der in der liberalen Presse erschienenen Artikel lassen sich Rückschlüsse auf das Verhalten der Kirchen, erkennbar etwa in der liberalen kirchlichen Presse, ziehen.

### *Die politische Presse<sup>1</sup>*

Im Rahmen der inneramerikanischen Auseinandersetzung mit dem MIC fällt der liberalen Presse eine bedeutende Rolle zu, die von der aufdeckenden Recherche über Tendenzen und Vorgänge, die sich dem Blick der Öffentlichkeit entziehen wollen, über eine sachliche Information zur wirkungsvollen Zusammenfassung aller Formen der Kritik am MIC reicht<sup>2</sup>.

In der Ausgabe vom 16. März 1970 berichtet *Newsweek*<sup>3</sup> ausführlich über den Vorstoß der Firma Lockheed, vom Pentagon zur Notfinanzierung ihres drohenden Defizits einen Betrag von 600 Millionen Dollar zu erhalten. Diesem aufsehenerregenden Bericht lag folgender Vorgang zugrunde:

Lockheed, der größte Rüstungslieferant der USA<sup>4</sup>, hatte 1969 ein Rüstungsbudget von etwas weniger als 2 Milliarden Dollar. Dennoch war die Firma durch vier Rüstungsprojekte — wegen des C-5A-Galaxy-Transportflugzeugs, des Cheyenne-Helikopters, des Antriebssystems für eine neue Kurzstreckenrakete der Luftwaffe und wegen neun Marineschiffen — in Schwierig-

keiten geraten. Infolge Kostenüberschreitungen und Provisionsforderungen für neue Kontrakte war zwischen Lockheed und dem Pentagon eine Milliarde Dollar aus dem Gesamtbetrag strittig, den die Firma für ihre Leistung beanspruchte. Aus der Firma verlautete, daß man kritischen Finanzproblemen gegenüberstehe. Ohne einen sofortigen Kassenzuschuß wäre die Firma nicht mehr imstande, ihren Verträgen mit dem Pentagon nachzukommen. Lockheed forderte die unmittelbare Beendigung des Finanzierungsstreits mit dem Ministerium oder ein sofortiges Darlehen von 600 Millionen Dollar, das aus Mitteln gedeckt werden sollte, die das Parlament zusätzlich noch bewilligen würde. Zur Unterstützung dieser Forderungen hatte Lockheed einen Jahresabschluß mit einem Defizit von 32,6 Millionen Dollar nach einem Gewinn von 44,5 Millionen im Jahre 1968 veröffentlicht.

Erpressung der Regierung aus dem Bereich des MIC oder echte Finanzkrise bei einem Rüstungsgiganten? Der Nobel-Preisträger George Wald formulierte anlässlich einer Rede über ein Moratorium in Vietnam in Übereinstimmung mit aufmerksamen Beobachtern des Verhaltens des MIC seinen Verdacht: „Wenn natürlich ein Luftfahrtunternehmen erfolglos und ausreichend gierig ist, kann es in einem entsprechenden Maßstab in Schwierigkeiten kommen, es kann aber ziemlich sicher sein, daß man es nicht abtreiben läßt, weil das Pentagon es ebenso sehr braucht wie das Unternehmen das Pentagon“<sup>5</sup>.

In diesem Zusammenhang lehnt Wald die These, daß die Kriegsführung der USA vom „Imperialismus“ motiviert sei, ab. Für ihn steht hinter dem Krieg als tatsächliche Antriebskraft der „Pentagonismus“, der den MIC und seine Nutznießer einschließe. Im Rahmen der Weltanschauung des „Pentagonismus“ baue man Feindbilder auf, die dann die Parlamentarier dazu bringen, hohe Summen für Rüstung und Militär zu bewilligen, wobei diese wiederum in Ländern eingesetzt werden könnten, die vermeintlich vom Kommunismus bedroht sind. Unter dieser Voraussetzung seien dann auch die großen Rüstungsfirmen sicher, daß sie ihre Geldforderungen jederzeit beim Pentagon durchsetzen können.

Die Kritik am MIC fließt bei Wald mit der Kritik an Präsident Nixons Plan, den Vietnam-Krieg beenden zu wollen, zusammen. Im Grunde ginge es nur um die Professionalisierung und Institutionalisierung des Krieges. Der Krieg werde dann, wie *The Nation* kommentiert, endlos weitergeführt, „und das Pentagon und seine Zulieferer werden gleichermaßen im Geschäft bleiben. Big business“<sup>6</sup>. Indem *The Nation* die strategische Empfehlung von George Wald zitiert, identifiziert sie sich mit ihr: „Wir müssen versuchen, unsere Regierung in der Weise funktionieren zu lassen, wie es beabsichtigt worden war. Wir müssen unerhörte Geduld zeigen und niemals aufgeben. Bleibt am Marschieren! Arbeitet mit Problemen, nicht mit politischen Parteien, und fin-

det gute Menschen in jeder Partei, welche mit uns zusammenarbeiten werden“<sup>7</sup>.

Die Kritik an der Verbindung von politischem Entscheidungsprozeß und Rüstungsindustrie wurde, wie die Stellungnahme von Professor Wald in *The Nation* exemplarisch zeigt, in der Presse offen vorgetragen und verbreitet. Es ist wegen des Mangels an ausreichenden empirischen Untersuchungen aber nicht schlüssig feststellbar, ob diese kritische Tendenz tatsächlich die wünschenswerte Solidarisierung der kritischen Öffentlichkeit gegen die Gefahren des MIC auslöste und eine Zunahme an politischem Bewußtsein in den USA bewirkte<sup>8</sup>. Oft wurde von einer konservativen Rückwendung der Öffentlichkeit in den USA gesprochen, die durch die klare Wiederwahl von Präsident Nixon im November 1972 im Zeichen des sich anbahnenden Vietnam-Vertrages<sup>9</sup> noch unterstrichen worden sei. Inwieweit die Watergate-Affäre, in welche die Administration Nixon seit April 1973 zutiefst verstrickt ist, eine Unterbrechung der konservativen innenpolitischen Tendenz ankündigt, steht noch dahin. Wozu jedoch die amerikanische Presse im Watergate-Skandal fähig ist — allen voran die *Washington Post* und die *New York Times* —, muß festgehalten werden. Eine damit zusammenhängende liberale Öffnung der amerikanischen Gesellschaft würde der Auseinandersetzung um den MIC wieder neue Konturen geben<sup>10</sup>.

### *Die kirchliche Presse*

Die kirchliche Presse der USA hatte sich bereits in den sechziger Jahren für eine Beendigung des Krieges in Vietnam, für eine entschiedene Abrüstungspolitik<sup>11</sup> und für eine gerechte Würdigung der Anliegen der kritischen jungen Generation eingesetzt. Ein Artikel von Robert C. Johansen in *The Christian Century* vom 17. Februar 1971 nimmt vor allem gegenüber der Studenten- und Bürgerrechtsbewegung eine sehr verständnisvolle Haltung ein. Im folgenden wird dieser Artikel wegen seiner komplexen Beurteilung der gesellschaftlichen Implikationen der amerikanischen Protestbewegung in seinen Grundaussagen umrissen<sup>12</sup>.

Johansen vermutet, daß die Studentendemonstrationen, die Teach-ins und die Streiks einen starken Druck auf das Musterungswesen sowie auf die Vietnam-Politik der Präsidenten Johnson und Nixon ausgeübt haben. Da die außenpolitischen Entscheidungen des Präsidenten im Mai/Juni 1970 (aktives Eingreifen der USA in Kambodscha) sich gegenüber normalen öffentlichen und parlamentarischen Reaktionen völlig unverantwortlich zeigten, habe J. W. Fulbright, der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des Senats, mit voller Berechtigung erklärt: „Ein aktiver, organisierter Dissent ist der einzige zu-

verlässige Einfluß, den wir auf eine Führung haben, welche sich in Indochina auf einem unheilvollen Kurs zu befinden scheint<sup>13</sup>.“ Vier positive Folgen der Studentenbewegung seien zu beobachten, sofern 1. Menschen, die sonst keinen Einfluß haben, an Entscheidungsprozesse herangeführt werden, 2. die Öffentlichkeit auf die Grundfragen des gesellschaftlichen Lebens aufmerksam gemacht wird, 3. sozialer Wechsel angebahnt wird und 4. die Jugend in eine langfristige politische Verantwortung einbezogen wird. Insofern sei die Studentenbewegung die „Erfüllung des amerikanischen Erbes“<sup>14</sup>. Mit dieser moralischen und politischen Legitimation im Rücken habe die Politik der Konfrontation für die Studentenbewegung trotzdem auch negative Folgen gehabt, weil man in ihr zuweilen eine störende Unbedachtsamkeit gegenüber den Freiheitsrechten des Bürgers an den Tag gelegt habe<sup>15</sup>.

Die gesellschaftliche Strategie der Radikalen in der Studentenbewegung wird von Johansen kritisiert, weil sie in naiver Selbstüberschätzung die Wahrscheinlichkeit übersahen, daß eine Polarisierung in den USA immer der Rechten statt der Linken helfen würde. Die Aufgabe bestehe darin, wegen des verbreiteten Mißfallens an den politischen Aktivisten „kreative Wege“ zu entdecken, die gefundenen politischen Einsichten der Öffentlichkeit zu vermitteln und eine brauchbare Strategie zu finden, welche die Entfremdung der Bevölkerung von der neuen reformistischen Bewegung vermeidet<sup>16</sup>.

Das gesellschaftliche Ziel der Studentenbewegung ist die Verdeutlichung des „fundamentalen Gegensatzes des Strebens nach Gewalt und des Strebens nach Wahrheit“. Neben die punktuelle Ungerechtigkeit sei die dauernde Ungerechtigkeit der ehrenwerten Leute getreten, welche die Ideale des Landes verletzen: die Ungerechtigkeit einer ungleichen Erziehung, von teuren und zugleich veralteten Wohnungen, der Ausbeutung der Machtlosen zu Hause und im Ausland sowie der Nötigung junger Amerikaner zum Töten in einem nicht erklärten Krieg. Allein die Bereitschaft der an der Macht befindlichen Personen, den politischen Entscheidungsprozeß für die Protestbewegung zu öffnen, könne zu gesellschaftlich und politisch sinnvollen Resultaten führen<sup>17</sup>.

### *Kirchliche Presse und politische Demonstration*

Zur Karwoche 1971 erschienen in vier überregionalen kirchlichen Zeitschriften gleichlautende Kommentare, die als „Appell zur Buße und Aktion“ gestaltet waren<sup>18</sup>. In ihnen wurden die Leser zum Engagement für den Frieden in Vietnam aufgerufen. Mit diesem Aufruf wurde gleichzeitig die Aktion „Karwochen-Zeugnis gegen den Krieg“ eingeleitet, die von Mitgliedern katholischer und protestantischer Vietnamkomitees, von ähnlichen Organisationen der Episkopalkirche und der Quäker und von dem „Berrigan-Verteidigungskomitee“ getragen wurde.

Der „Appell zur Buße und Aktion“ benutzte eine ungewöhnlich scharfe Sprache gegen die Regierung: Millionen Stimmen in aller Welt führten Klage über „Unterdrückung durch unsere Regierung, unsere Wirtschaft und unsere Streitkräfte. Besonders in Südostasien wiederholt die amerikanische Militärmacht die Kreuzigung Christi“. Die amerikanischen Kirchen seien zu geduldig gegenüber der politischen Führung gewesen. „Wir Christen waren zu tolerant gegen die amerikanischen Machthaber und vergaßen zu leicht die ausländischen Opfer dieser Macht. Zu oft wurden wir mit Hilfe einer raffinierten politischen Maschinerie zur Erfolglosigkeit manipuliert.“

Der Appell, der eine Ahnung von sinnhafter Meinungs- und Willensartikulation enthielt, fand ein gespaltenes Echo durch alle Schichten der Bevölkerung. Die vorgeschlagenen Aktionen wurden nur von kleineren Gruppen durchgeführt. *Newsweek* widmete dem Appell in der Ausgabe vom 12. April 1971 fast eine ganze Seite und hob die schonungslose Sprache des Dokumentes hervor. *Time* meinte dagegen in ihrer Ausgabe vom gleichen Tag, daß die Aussagen und Aufrufe übertrieben seien.

Dem Aufruf zu gemeinsamem Gebet und Fasten vor dem Weißen Haus, welcher dem Appell beigegeben war, schlossen sich viele Priester, Studenten und Journalisten an. Schon am Montag vor Ostern wurden 92 Personen verhaftet, weil sie „den Bürgersteig besetzt hielten“. Unter den Verhafteten waren drei Herausgeber der Zeitschriften, die den Appell veröffentlicht hatten. Am Karfreitag wurden die Inhaftierten wieder freigelassen.

### *Das friedenspolitische Engagement der Kirchen in den USA*

Die Haltung der amerikanischen Kirchen zum MIC ist als ein Teilaspekt des Verhältnisses von Kirche und Gesellschaft bzw. Kirche und Staat zu sehen. Für ihre Auseinandersetzung mit den politisch-sozialen Fragen besitzen die Kirchen eine theoretische Vorgabe, da sie von der theologischen Verknüpfung der Begriffe Staat und Welt mit der Sündenlehre aus einen kritischen Denkansatz in die Diskussion einbringen können. Dieser Ansatz steht in Konkurrenz mit der anderen Linie der theologischen Theoriebildung, nach der man den Staat in seiner Funktion als Ordnungselement als einen Garanten für sinnvolles menschliches Leben sowie gerechte und soziale Entwicklung versteht. Aus dieser theologisch begründeten Dialektik von kritischer Einstellung zur Welt und positiver Anerkennung des geschichtlich-politischen Entwicklungsprozesses läßt sich der sozialetische Impuls zur verantwortlichen Weltgestaltung entfalten, in dessen Explizierung die begrifflichen und sachlichen Zusammenhänge von „politischer Theologie“ und praktischem Handeln der Christen in der Politik und auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Verantwortung in den Blick treten<sup>19</sup>.

Im gesellschaftlichen Kontext ergibt sich für die Kirchen und Gemeinden unterhalb dieser theoretischen Ebene notwendigerweise eine permanente kritische Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen und politischen Problemen. Diese vollzieht sich in kooperativer Interaktion mit anderen gesellschaftlichen Gruppen und stellt sich als Distanzierung und Solidarisierung mit Vorgängen und Entwicklungen dar, welche für Gesellschaft und Politik der USA relevant sind. Die amerikanischen Kirchen haben sich in diesem Rahmen wiederholt zu den aktuellen Problemen der amerikanischen Politik geäußert: so etwa zu den Fragen von Krieg und Frieden, allgemein und speziell zum Vietnam-Problem, zum Komplex Rüstung und Abrüstung und zu den Möglichkeiten einer friedensorientierten Investitionskontrolle.

Wir verzichten bei der Darstellung dieses gesellschaftlich und politisch relevanten Handelns der Kirchen auf eine konfessionsspezifische Ableitung der jeweiligen Erklärungen der Kirchen und beschränken uns auf eine themenorientierte und zeitlich begrenzte Auswahl<sup>20</sup>. Hinweise auf die Interdependenzen von vatikanischen und amerikanischen Entwicklungen, sofern sie die katholische Kirche betreffen, sind den regelmäßigen Untersuchungen der Herder-Korrespondenz zur gesellschaftlichen und kirchlichen Situation in den USA zu entnehmen<sup>21</sup>.

Die Stellungnahmen der Kirchen in den USA sind beeinflusst von internationalen ökumenischen Dokumenten, die jeweils rezipiert und in die Situation der USA umgesetzt wurden. Auf *katholischer Seite* handelt es sich dabei vor allem um folgende Texte:

1. die einschlägigen Dokumente des II. Vatikanischen Konzils, besonders „Pastorale Konstitution über die Kirche in der Welt von heute“<sup>22</sup>,
2. die Friedenszyklika „Pacem in terris“ (1963, Johannes XXIII.),
3. die Entwicklungszyklika „Populorum progressio“ (1967, Paul VI.),
4. das Dokument „Gerechtigkeit in der Welt“ der Römischen Bischofssynode von 1971<sup>23</sup>,
5. die Dokumente der 2. Generalversammlung der lateinamerikanischen Bischöfe in Medellin/Kolumbien 1968<sup>24</sup>.

Die *protestantischen* Stellungnahmen erhalten ihre wesentlichen Impulse von der entwicklungs- und friedenspolitischen Arbeit des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf, wobei vor allem in dem Zeitraum, in dem der Amerikaner Eugene Carson Blake Generalsekretär des ÖRK war (1966—1972), ein direkter Rückfluß von kritischer sozioethischer Theorie in die USA stattfand<sup>25</sup>. Richtungweisend wurde auch in den USA die Weltkirchenkonferenz von Uppsala (1968), deren Sektionsbericht III (Wirtschaftliche und soziale Entwicklung) und IV (Auf dem Wege zu Gerechtigkeit und Frieden in internationalen Ange-

legenheiten) direkt auf die Erklärungen der Kirchen in den USA einwirken<sup>26</sup>.

In der amerikanischen Situation ist die Solidarisierungsfähigkeit der Kirchen über die konfessionellen Grenzen hinweg nicht mehr das zentrale Problem, da die Stärke der politischen Konfrontation zwischen den kritisch-reformistischen Gruppen und der offiziellen Regierungspolitik die Kirchen ohnedies zwangsläufig auf die Seite der ersteren führt. Offen ist dagegen, inwieweit ihre Stellungnahmen, Aktionen und Solidarisierungsversuche mit der außerkirchlichen kritischen Bewegung gesamtgesellschaftlich wirksam werden können. Der realen Möglichkeit einer bewußtseinsmäßigen und faktischen Spaltung zwischen kirchlicher Leitung und Kirchenvolk<sup>27</sup> über den politischen und sozialen Fragestellungen korrespondiert die allgemeine Gefahr der konservativen Rückorientierung der amerikanischen Gesellschaft, was unter der Voraussetzung analoger Tendenzen für kirchensoziologische und allgemein-soziologische Untersuchungsgegenstände auch theoretisch einleuchtend ist.

#### *Organisatorische Voraussetzungen für das friedensorientierte Verhalten der Kirchen<sup>28</sup>*

Zwischen 1965 und 1970 haben die amerikanischen Kirchen und Religionsgesellschaften unter dem Druck der Bürgerrechtskrise und des wachsenden Engagements der USA im Vietnamkrieg ihre ständige Vertretung bei der Bundesregierung in Washington ausgebaut und zusammengefaßt. Im Jahre 1971 gehörten dem Washington Interreligious Staff Council (WISC) 45 Repräsentanten aus den verschiedenen Denominationen an, wobei die zahlenmäßige Vertretung der einzelnen Denomination nicht ihrer Größe entspricht<sup>29</sup>. Die angespannte Finanzsituation der amerikanischen Kirchen, die sich beispielsweise in einer Verringerung des National Council of Churches-Stabs bei dem WISC zeigte, ließ schon 1971 keine wesentliche Erweiterung des WISC mehr erwarten.

Die kirchlichen Vertreter beim WISC genießen den Vorzug, schon in einem sehr frühen Stadium von den in Aussicht genommenen gesetzgeberischen Vorhaben der Regierung unterrichtet zu werden. In regelmäßigen Sitzungen werden sie die erhaltenen Informationen aus und diskutieren die Konsequenzen von neuen politischen Entwicklungen. Man beachtet eine gewisse Arbeitsteilung je nach dem spezifischen Interesse einer Denomination<sup>30</sup>. Insgesamt haben sich etwa 20 verschiedene Aufgabenbereiche beim WISC herausgebildet.

Die Mitglieder des WISC prüfen ständig die Frage, wie die Stellungnahmen der Kirchen in Washington noch wirkungsvoller zu Gehör gebracht werden können. Dazu gehören die Überlegungen, wie kirchliche Stellungnahmen zu politischen und sozialen Fragen am besten in der öffentlichen Diskussion ver-

wandt werden können, ob Vertreter der Kirchen bei Hearings der Regierung und der Ausschüsse in Erscheinung treten sollen und ob in besonderen Fällen eine gemeinsame Erklärung von Katholiken, Protestanten und Juden („joint three-faiths statement“) abgegeben werden kann.

Die Präsenz der Kirchen in Washington ergibt sich als Teil der gesellschaftlichen Verantwortung, welche den Kirchen als Konsequenz aus ihrer Soziallehre zukommt. Ihre Verwurzelung in der Mittelschicht des Landes übergreift wirtschaftliche, kulturelle, berufliche und klassenmäßige Grenzen und versetzt sie so in die Lage, bei dem Versuch der sozio-politischen Integration der amerikanischen Gesellschaft einen realistischen Beitrag zu leisten<sup>31</sup>.

Eine negative Folge des an der konkreten amerikanischen Politik orientierten sozialetischen Engagements der Kirchen ist die zunehmende geistige Entfremdung zwischen der kritischen innerkirchlichen Öffentlichkeit und dem Kirchenvolk, welches, da es große Teile der „schweigenden Mehrheit der Amerikaner“ umfaßt, die kritischen Stellungnahmen zu den wechselnden Themen der amerikanischen Politik nur zögernd oder gar nicht mitvollzieht. Damit ist aber nur gesagt, daß die Kirchen als Verbandsorganisationen mit einem breiten soziologischen Spektrum den Spannungen und Kommunikationshemmungen zwischen den einzelnen gesellschaftlichen Gruppen unterworfen sind<sup>32</sup>.

### *Die Themen „Krieg“ und „Frieden“<sup>33</sup>*

Die *Church of the Brethren* ist die Kirche der USA, welche sowohl in ihrer Lehre wie in ihrem Handeln am klarsten jede Form von Krieg verurteilt. Die Erklärung der Church of the Brethren zum Krieg<sup>34</sup> vermittelt einen Eindruck von der logischen Konsequenz, mit der sich diese Kirche mit dem Problem des Krieges auseinandersetzt, wobei zu beachten ist, daß der fundamentalistische Ansatz der theologischen Argumentation eine enge Verbindung mit weitreichenden theoretisch reflektierten innen- und außenpolitischen Empfehlungen eingegangen ist. Die Church of the Brethren ist damit der natürliche Partner der amerikanischen kritischen Friedensbewegung.

Die ablehnende Haltung der Church of the Brethren zum Krieg und zu dem Staat, der mit dem Ziel eines potentiellen Krieges rüstet, läßt sich auch aus der Diskussion über den Begriff des „zivilen Ungehorsams“ ableiten. Wenn nämlich jeder Krieg als Sünde vor Gott begriffen wird, wäre jede Anpassung an die Interessen eines rüstenden Staates oder die Mitwirkung an einem akuten Krieg ein Verstoß gegen den Willen Gottes, der den Krieg nicht zuläßt. Im Konflikt zwischen der Loyalität gegenüber Gott oder gegenüber dem Staat entscheidet sich der glaubende Mensch für Gott und damit gleichzeitig gegen die auf den Krieg hinauslaufenden politischen Erwartungen des Staates<sup>35</sup>.

Der *National Council of the Churches of Christ* hat 1968 zwei grundlegende Dokumente zu den sozialetischen und politischen Problemen des Friedens und der Abrüstung vorgelegt: „Imperatives of Peace and Responsibility of Power“<sup>36</sup> und „Defense and Disarmament. New Requirements for Security“<sup>37</sup>.

Während die „Imperatives of Peace ...“ sich in allgemeineren Kategorien der Theorie des Friedens und seiner Gestaltung bewegen<sup>38</sup>, dringt „Defense and Disarmament“ zu konkreten Aussagen über die Sicherheitsstrategie vor und gibt präzise Vorschläge für die praktische Politik<sup>39</sup>.

Weitere Dokumente zur Friedensethik und zur Friedensgestaltung liegen von der *Lutherischen Kirche in Amerika* (Lutheran Church in America), der *American Baptist Convention* und der *United Methodist Church* vor<sup>40</sup>.

Die *römisch-katholische Kirche* hat das politische Geschehen in den USA mit der Ausweitung des Vietnamkrieges zunehmend kritisch begleitet. Eine Folge ihres kritischen Engagements war ihre Beteiligung an der Arbeit des Washington Interreligious Staff Council (WISC)<sup>41</sup>. Die verschiedenen gesellschaftspolitischen Stellungnahmen und Grundsatzserklärungen, die von der Bischofskonferenz (National Conference of Catholic Bishops — NCCB) und von der Katholischen Konferenz der Vereinigten Staaten (United States Catholic Conference — USCC) herausgebracht wurden, lassen eine strikte Beachtung der moraltheologischen Leitlinien der katholischen Kirche erkennen, wie sie in den neueren gesamtkirchlichen Dokumenten entwickelt sind. In Verbindung damit kann bei den Themen dieser Erklärungen eine weitreichende Übereinstimmung mit den Erklärungen der protestantischen Kirchen und des National Council of Churches festgestellt werden.

Unter dem unmittelbaren Eindruck des Vietnamkrieges nimmt die katholische Bischofskonferenz am 18. November 1966 Stellung zu den moralischen Fragen des Krieges<sup>42</sup> und bezieht sich in einer Resolution über den Frieden am 16. November 1967<sup>43</sup> auf diese ältere Erklärung. Die „Resolution on Peace“ übt an der Regierung indirekt Kritik: „Wir erkennen die wiederholten Bemühungen unserer Regierung, über eine Beendigung des Konflikts zu verhandeln, dankbar an. Trotz der Zurückweisung dieser Bemühungen wird unsere Regierung ersucht, mit noch größerer Entschiedenheit und verstärktem Handeln in der Sache der Verhandlungen fortzufahren. Wir dehnen diesen Aufruf auf die Regierungen in der Welt aus und fordern sie auf, mit allem Ernst an der Suche nach einem gerechten und dauerhaften Frieden teilzunehmen“<sup>44</sup>.

Die Frage der *Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen* taucht in den katholischen Stellungnahmen in dem Maß häufiger auf, als die Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg die Zahl der Verweigerer ansteigen läßt. Die „Abteilung für Gerechtigkeit in der Welt und Frieden“ (Division of

World Justice and Peace) der USCC veröffentlicht am 15. Oktober 1969 eine entsprechende Erklärung<sup>45</sup>, der zwei Jahre später eine ähnliche Stellungnahme der USCC folgt<sup>46</sup>. Im Vergleich mit der kompromißlosen Ablehnung des Militärdienstes durch die Church of the Brethren<sup>47</sup> bleiben die offiziellen Erklärungen der katholischen Kirche stark theoretisch und grundsätzlich auf Ausgleich mit dem Staat bedacht. Die paradigmatische Kritik der Gruppe um Daniel Berrigan, die seit 1968 die amerikanische Öffentlichkeit bewegte, schlägt sich in den Erklärungen der katholischen Kirche zum Wehrdienst nicht nieder<sup>48</sup>.

Dagegen spricht sich im November 1971 eine Erklärung der Bischofskonferenz eindeutig für eine schnelle und unbedingte *Beendigung des Krieges in Vietnam* aus: „Es ist deshalb unsere feste Überzeugung, daß die schnelle Beendigung dieses Krieges ein *moralischer Imperativ der höchsten Priorität* ist. Von hier aus fühlen wir die moralische Verpflichtung, in dringlicher Form an die Führer unserer Nation und ebenso an die Führer aller anderer Nationen, die in diesen tragischen Konflikt verwickelt sind, zu appellieren, den Krieg ohne jede weitere Verzögerung zu beenden (to bring the war to an end with no further delay)<sup>49</sup>.“ Aus der Tragödie in Vietnam leiten die Bischöfe einen nationalen Lernprozeß in den USA ab, der wichtige Implikationen für eine mögliche Neugestaltung der Welt durch Gerechtigkeit und Frieden enthält<sup>50</sup>. Indem sie an die „Pastorale Konstitution über die Kirche in der Welt von heute“ des Zweiten Vatikanischen Konzils anknüpft, nimmt die Bischofskonferenz den Satz auf, daß der Krieg mit einer ganz neuen inneren Einstellung überprüft werden müsse und der Frieden nicht nur die Abwesenheit des Krieges, sondern das „Werk der Gerechtigkeit“ bedeute<sup>51</sup>. Dazu müsse kommen, daß die Vereinten Nationen bei der Entwicklung von Frieden und Gerechtigkeit in der Welt wirksamer beteiligt werden<sup>52</sup>.

### *Ökumenische Realisierung*

Diese Skizze des öffentlich-politischen Engagements der Kirchen in den USA bleibt in mehrfacher Hinsicht unabgeschlossen. Es kann weder die ganze Breite der auf „Frieden“ und „Gerechtigkeit“ gerichteten Erklärungen der amerikanischen Kirchen gezeigt noch die Verknüpfung dieser Komplexe mit anderen Themen wie Rassismus- und Investitionskritik, Verstärkung des entwicklungspolitischen Bewußtseins der breiten Bevölkerung und Festlegung der sozialpolitischen Prioritäten innerhalb der USA dargestellt werden. Unbeachtet bleiben vor allem auch die verschiedenen Tendenzen in den Kirchen, die einem entwicklungs-, friedens- und sozialpolitischen Engagement der Kirchen entgegenlaufen. Auf die Interaktion und Kooperation der Kirchen mit den entsprechenden nichtkirchlichen Gruppen wird nur am Rande eingegangen. Den-

noch macht die Darstellung deutlich, daß das Verhalten der genannten Kirchen keineswegs einem Modell der Trennung von kirchlichem und politisch-staatlichem Bereich entspricht. Vielmehr eröffnet das öffentlich-politische Engagement der amerikanischen Kirchen einen Einblick in die vielschichtige Differenziertheit der amerikanischen Öffentlichkeit, wobei gerade die Komplexität der kirchlichen Kritik die verbreitete Identifizierung von Kirche und konservativ-reaktionären Interesse ad absurdum führt.

Von dem Engagement der amerikanischen Kirchen in den entscheidenden Problemen der Gesellschaft und des Staates gehen Orientierungshilfen aus, die in die Arbeit des Ökumenischen Rates der Kirchen wie der nationalen Kirchen übernommen zu werden verdienen.

#### ANMERKUNGEN

<sup>1</sup> Zur allgemeinen Situation der Presse in den USA: Harwood L. Childs, *Public opinion: nature, formation and role*, Princeton (D. van Nostrand Comp.) 1965, S. 176 bis 193.

<sup>2</sup> Townsend Hoopes (Under Secretary of the Air Force under Johnson), *The President is the Problem*, in: *The New Republic*, vol. 164, March 6, 1971, S. 23 ff.; *What the people think of today's America. Nation wide survey on war, youth, cost of living*, in: *U. S. News & World Report*, vol. 70, March 29, 1971, S. 32—36; *The President digs in on Viet Nam*, in: *Time*, vol. 97, April 19, 1971, S. 13—16.

Präsident Dwight D. Eisenhower hat in seiner Abschiedsrede als Präsident am 17. Januar 1961 in sehr klaren Worten auf die Gefahren, welche der amerikanischen Nation von seiten des Military Industrial Complex drohen, hingewiesen und vor seiner unkontrollierten Ausweitung gewarnt. Eisenhowers Rede ist wiedergegeben in: Herbert I. Schiller — Joseph D. Phillips, *Superstate. Readings in the military-industrial complex*, Urbana-Chicago-London (University of Illinois Press) 1970, S. 29—34.

<sup>3</sup> *Newsweek*, vol. 75, March 16, 1970, S. 87—89.

<sup>4</sup> Nach der Liste der 100 größten Defense Contractors im Fiskaljahr 1972 lag Lockheed mit 1,705 Milliarden Dollar (5,1 % des gesamten Verteidigungsbudgets) im vierten aufeinanderfolgenden Jahr auf Platz 1 (100 Largest Defense Contractors and their Subsidiary Corporations, Fiscal Year 1972, S. 4 und 7. Department of Defense, OASD/Comptroller, Directorate for Information Operations, October 20, 1972).

<sup>5</sup> *The Nation*, vol. 210, April 27, 1970, S. 485.

<sup>6</sup> *The Nation*, a. a. O. S. 485.

<sup>7</sup> ebd.

<sup>8</sup> Vgl. die negative Einstellung von Moyers zu der Fähigkeit der amerikanischen Öffentlichkeit, sich sachlich-kritisch gegen friedensgefährdende Tendenzen der amerikanischen Politik zu wenden (Bill D. Moyers, *One thing we learned*, in: *Foreign Affairs*, vol. 46 no. 4, July 1968, S. 657—664.

<sup>9</sup> Die Wiederaufnahme der Bombardierung Nordvietnams am 18. Dezember 1972 (vgl. Erklärung des National Council of the Churches of Christ in the USA vom 21. Dezember 1972, in: epd-Dokumentation Nr. 1/1973, S. 100) verzögerte die Unterzeichnung des Abkommens bis zum 27. Januar 1973. Dennoch ist das Friedensabkommen in engem Zusammenhang mit Nixons Wiederwahl zu sehen und bedeutet deshalb einen innenpolitisch stabilisierenden Impuls. Der Text des Abkommens: Agreement on ending the war and restoring peace in Vietnam: S. 32—46 in: News Release. Bureau of Public Affairs. Department of State/Office of Media Services, 24. Januar 1973.

<sup>10</sup> Vgl. hierzu Anm. 32.

<sup>11</sup> Der Artikel „Misconceptions concerning nuclear weapons“ von Burton Neal Cantrell in: *The Christian Century* (vol. 87, October 14, 1970, S. 1219 f.) ist ein Beispiel für eine gründliche Information über die Hintergründe des Abrüstungsproblems mit dem Ziel, die Leserschaft zu einer Zustimmung zur Abrüstung zu bewegen. Die rüstungstechnische Argumentation geht in die Ablehnung einer möglichen nuklearen Kriegsführung über: „Jede Anwendung von nuklearen Waffen wäre selbstzerstörerisch und sinnlos. Wenn man dabei überhaupt über die falschen technischen Vorstellungen diskutieren muß, dann deshalb, weil so viele von uns noch nicht die eigentliche Bedeutung dessen aufgenommen haben, daß jeder Gebrauch dieser Waffen im letzten sinnlos ist . . . Das letzte Ziel muß die Eliminierung aller nuklearen Waffen und die Einsicht sein, daß ihre Anwendung für uns alle die Zerstörung bedeutet“ (S. 1220). Die Bedrohung durch Nuklearwaffen verändere die Menschlichkeit der Gesellschaft: „Wir sind Narren, wenn wir denken, daß das Leben unter dem Schatten der Bombe nicht die Qualität der ganzen menschlichen Erfahrung gewaltig verändern werde“ (ebd.).

<sup>12</sup> Der Verfasser ist Professor für Politische Wissenschaft am Manchester College, North Manchester, Indiana. Of politics and prophecy: Student activism today, in: *The Christian Century*, vol. 88, February 17, 1971, S. 219—223.

<sup>13</sup> Nach „Progressive“, June 1970, S. 16.

<sup>14</sup> „. . . insofar as it does these, it is a fulfillment, not a denial, of the American democratic heritage“ (Johansen, a. a. O. S. 220).

<sup>15</sup> „To be sure, they (scil. einige Aktivisten unter den Studenten) have probably done less to create an atmosphere hostile to civil liberties than have officials like Attorney General John Mitchell and Vice President Spiro Agnew. Nevertheless, there is always the possibility that frustrated militants will adopt tactics similar to those used by Senator Joseph McCarthy — e. g., attempting to establish ‚guilt‘ by association or engaging in character assassination. Such an eventuality would be ominous for our entire society“ (Johansen, a. a. O. S. 220).

<sup>16</sup> „Most of the bloodshedding has been done by anti-new-left forces, whether police, national guard, or civilian. Nevertheless, the growing public dislike of political activists makes it imperative that radicals seek to discover creative ways of communicating their message to the public. The enormity of our problems may indeed require militant protest, but violent methods of promoting justice will only give opponents the opportunity not only to continue impeding justice but also to destroy what procedures of democracy remain. The activist, then, needs to choose his strategy with care, in order to avoid alienating people gratuitously“ (a. a. O. S. 221).

<sup>17</sup> Vgl. Crisis at Columbia. Report of the fact-finding commission appointed to investigate the disturbances at Columbia University in April and May 1968, New York (Random House) 1968 (= Vintage Books), S. 10—18, 89—95.

<sup>18</sup> Herder-Korrespondenz 25 (1971), S. 223 f. Der Appell wurde von *The National*

Catholic Reporter und The Commonweal (katholisch) und The Christian Century und Christianity and Crisis (protestantisch) veröffentlicht.

<sup>19</sup> Die Dialektik von kritischer, transzendental begründeter Abwertung des Politischen und ebenso theologisch begründeter Hinwendung zur Welt und zur Gesellschaft bricht in der aktuellen theologischen Diskussion leicht auseinander und läßt oft spiritualistische und weltflüchtige Tendenzen in dem Maße, wie der Welt- und Sündenbegriff in eins gesetzt werden, in den Vordergrund treten. Typisch hierfür ist die heftige Kontroverse über Formeln wie „politische Theologie“ und „Theologie der Revolution“ bzw. über praktisch orientierte Empfehlungen zur Rassismusfrage und zur strukturellen Gewalt (besonders in der Dritten Welt). Vgl. Hermann Vogt, Kirchliche Entwicklungshilfe zwischen sozialem Ansatz und entwicklungspolitischer Theorie, in: Civitas. Jahrbuch für christliche Gesellschaftsordnung, XII, Mannheim 1973, S. 235—250.

Zur Einführung in den Komplex der „politischen Theologie“ wird auf einige Titel hingewiesen:

Johann Baptist Metz, Zur Theologie der Welt, Mainz-München 1968; Richard Shaull, Revolution in theologischer Perspektive, S. 117—139, in: Trutz Rendtorff-Heinz Eduard Tödt, Theologie der Revolution. Analysen und Materialien, Frankfurt 1968 (edition suhrkamp 258); ders., Kirche und Theologie im Kontext der Revolution, S. 56—80, in: James M. Gustafson-Johan Marie de Jong-Richard Shaull, Zur Ethik der Revolution, Stuttgart/Berlin 1970; Dorothee Sölle, Politische Theologie. Auseinandersetzung mit Rudolf Bultmann, Stuttgart/Berlin 1971; Helmut Peukert, Hg., Diskussion zur „politischen Theologie“, Mainz/München 1969; Ernst Feil-Rudolf Weth, Hg., Diskussion zur „Theologie der Revolution“, Mainz/München 1969; Manfred Baumotte et al., Kritik der politischen Theologie, München 1973 (Theologische Existenz heute Nr. 175).

<sup>20</sup> Die Quellenlage ist insofern schwierig, als nur Texte der zentralen Entscheidungsgremien der einzelnen Kirchen erreichbar waren und die differenzierte Diskussion auf den lokalen und regionalen Ebenen der Kirchen unberücksichtigt bleibt.

<sup>21</sup> Vgl. folgende Grundsatzartikel der Herder-Korrespondenz: Die Kirchen und die Rassenfrage in den USA: 24 (1970), S. 73—78; Der Scranton-Report über die Studentenunruhen in den USA: 25 (1971), S. 19—22; Vietnam-Appell christlicher Zeitungen in den USA: a. a. O. S. 223 f.; Gewaltloser Kampf für den Frieden in Vietnam. Der Einfluß der christlichen Friedensbewegung in den USA: 26 (1972), S. 224—227; Konfessionen als Wählergruppen. Die Rolle der Religionsgemeinschaften bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen: a. a. O. S. 544—547.

<sup>22</sup> Constitutio pastoralis de Ecclesia in mundo huius temporis: AAS 58 (1966), 1025 bis 1115. Auf den gesellschaftlich-politischen Problemkreis geht im wesentlichen der zweite Teil (Nr. 46—93) ein. Lateinischer und deutscher Text, Kommentar und Exkurse in: Das Zweite Vatikanische Konzil. Dokumente und Kommentare, Teil III, Freiburg-Basel-Wien 1968 (= Ergänzungsband zum Lexikon für Theologie und Kirche), S. 241 bis 592.

<sup>23</sup> Herder-Korrespondenz 26 (1972), S. 36—42.

<sup>24</sup> Auswahl in: Kirche und Entwicklung in Lateinamerika, hg. Heinrich-Pesch-Haus, Mannheim/Ludwigshafen 1969 (= Kirche und Dritte Welt Band 1).

<sup>25</sup> Deutlich ist diese Verbindung in den Fragen des Vietnam-Themas, des Rassismus (inneramerikanisch und global) und des Abzugs von Geldern aus Firmen, die in Südafrika investieren (vgl. Zusammenfassender Bericht über Aktionen und Grundsatz-erklärungen amerikanischer Kirchen zur Tätigkeit von US-Unternehmen im südlichen Afrika, in: epd-Dokumentation Nr. 37/1972, S. 42—46).

<sup>26</sup> Texte von Uppsala in: Norman Goodall, Hg., Bericht aus Uppsala 1968. Offizieller Bericht über die Vierte Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen, Uppsala 4.—20. Juli 1968, Genf 1968. Zur Interpretation von Uppsala vgl. Hermann Vogt, a. a. O.

<sup>27</sup> Vor dem Hintergrund der kirchenkritischen Argumentation in der Bundesrepublik, die den Kirchen gern autoritäres und konservatives Verhalten bescheinigt und sie dem „Establishment“ zurechnet, ist zu beachten, daß in den USA die Krise der Kirchen zum Teil darin besteht, daß das politisch und sozial verantwortliche Verhalten der kirchenleitenden Stellen und der kirchlichen Intelligenz die konservative Reaktion an der Basis auslöst.

<sup>28</sup> Wir folgen in unserer Darstellung dem Bericht von Edward F. Snyder „The Churches' role in Washington“ in: *The Christian Century*, vol. 88, January 20, 1971, S. 69—71.

<sup>29</sup> Es waren 1971 vertreten: 6 Katholiken, 4 Juden, 5 Methodisten, 4 Quäker, je 3 Presbyterianer, United Church of Christ und Baptist Joint Committee, 2 Lutheran Councils, sechs Denominationen mit je 1 Vertreter, 4 Vertreter des National Council of Churches (a. a. O. S. 69).

<sup>30</sup> So haben sich die Baptisten auf das Verhältnis von Staat und Kirche, die Methodisten und die United Church of Christ auf Themen der sozialen Gerechtigkeit und die Quäker auf Friedensfragen konzentriert (ebd.).

<sup>31</sup> „However, the churches are the place par excellence where people can be educated on public issues, for more than any other institution in our pluralistic society the churches reach into ‚middle America‘, into the so-called ‚silent majority‘, on a grass-roots basis which cuts across economic, cultural, professional and class lines“ (a. a. O. S. 70).

<sup>32</sup> Vgl. Harwood L. Childs, *Public opinion: nature, formation and role*, Princeton (D. van Nostrand Comp.) 1965, S. 143—151.

<sup>33</sup> Materialien zur Haltung der amerikanischen Kirchen in den Fragen der Kriegsverhinderung, der Abrüstung, der Entwicklungspolitik und des Rassismus können von verschiedenen kirchlichen Stellen in den USA direkt bezogen werden: 1) National Council of the Churches of Christ in the USA, Department of International Affairs, 475 Riverside Drive, New York, N. Y. 10 027 (über diese Stelle ist auch Material von den verschiedenen protestantischen Denominationen erhältlich); 2) NARMIC, National Action/Research on the Military-Industrial Complex, 160 North Fifteenth Street, Philadelphia, Pennsylvania 19 102 (insbesondere Untersuchungen zum Military-Industrial Complex und zum Vietnam-Krieg); 3) Corporate Information Center of the National Council of Churches, 475 Riverside Drive, New York, N. Y. 10 027 (gründliche Untersuchungen einzelner Rüstungsfirmen sowie ihrer Verflechtungen mit der übrigen Industrie, zusammenfassende MIC-Forschung); 4) NACLA, North American Congress on Latin America, P. O. Box 57, Cathedral Park Station, New York, N. Y. 10 025 (Untersuchungen über das Interesse des MIC in Lateinamerika); 5) National Catholic Office for Information, United States Catholic Conference, 1312 Massachusetts Avenue, N. W., Washington, D. C. 20 005, und: Division of Justice and Peace, c/o United States Catholic Conference (beide Dienststellen für Quellen aus der katholischen Kirche).

<sup>34</sup> Die Erklärung der Church of the Brethren zum Krieg wurde bereits 1948 von der Annual Conference angenommen, in den Jahren 1957 und 1968 überarbeitet und liegt jetzt in der von der Annual Conference 1970 genehmigten Form vor. Der Text ist herausgegeben von: Church of the Brethren, General Offices, Elgin, Ill.

<sup>35</sup> In einem Positionspapier der Annual Conference von 1969 (Obedience to God and Civil Disobedience. An Annual Conference Position Paper, 1969 mit einer Zweidrittelmehrheit der Annual Conference in Louisville, Kentucky, angenommen) heißt es: „Christliche Treue bedeutet Gehorsam gegen Gott. Der Staat und seine Bürger, die Kirche und ihre Glieder stehen miteinander unter Gott und sind ihm als Schöpfer, Erhalter, Richter und Erlöser im letzten verantwortlich. Die *Souveränität des Staates ist begrenzt durch die Souveränität Gottes* . . . Bei jeder erzwungenen Entscheidung zwischen der Loyalität gegenüber Gott und der Loyalität gegenüber dem Staat ist die Entscheidung für die Christen klar. Der Gehorsam gegen Gott ist ihre erste und höchste Verantwortung, ihre höchste Loyalität, ihr positiver Ausgangspunkt, die Lotschnur für ihre Entscheidungen.“

<sup>36</sup> Das Dokument gilt als „policy statement“, angenommen vom General Board des National Council am 21. Februar 1968. Herausgegeben vom Department of International Affairs, National Council of Churches, New York.

<sup>37</sup> Ebenfalls ein „policy statement“, angenommen vom General Board am 12. September 1968.

<sup>38</sup> „Die Imperative des Friedens drängen sich der Menschheit mit letzter, entscheidender Macht auf. Aber ohne Gerechtigkeit kann der Frieden nicht geschaffen werden. In unserer Zeit sind die Ansprüche der Gerechtigkeit die Vorbedingungen für die Schaffung des Friedens. Für die Sicherung eines solchen Friedens sind neue Voraussetzungen des Denkens und des Verhaltens sowie eine neue Politik des Handelns nötig. Für die Christen sind neue, dauerhafte Programme des Handelns, der Planung, der Erziehung und des Studiums deshalb mit eingeschlossen, damit die Kirchen und die Christen in ihrer Eigenschaft als Bürger einen vollen und kreativen Beitrag für die Schaffung eines gerechten Friedens leisten können“, Imperatives of Peace S. 16.

<sup>39</sup> „Defense and Disarmament“ schlägt u. a. vor:

#### A. Waffen-Kontrolle und Waffen-Begrenzung

- ein wechselseitiger Stopp bei der Produktion und Entwicklung strategischer offensiver und defensiver Raketensysteme, eingeschlossen das anti-ballistische Raketen-system (anti-ballistic missile system);
- weitreichende Unterstützung für den Non-Proliferations-Vertrag;
- eine wechselseitige Einstellung der Produktion spaltbaren Materials für militärische Zwecke;
- ein umfassender Test-Stopp-Vertrag, der nationale Möglichkeiten der Erkennung und Inspektion einbezieht;
- eine Erklärung der Vereinten Nationen, die den Nationen untersagt, Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresgrund zu lagern;
- weitergehende Studien und Planungen in dem Bereich, der sich mit der Umwandlung von Verteidigungs- in Friedensproduktion befaßt;
- ...

#### B. Verteidigungsausgaben und Verwendung der Hilfsmittel:

- wesentliche Kürzungen bei den Verteidigungsausgaben und die Verwendung der Geldmittel bei Entwicklungsprojekten im In- und Ausland;
- eine radikale Kürzung und strenge Kontrolle der Waffenlieferung in andere Länder;

#### C. Friedensbewahrung, Friedensentwicklung und Abrüstung:

- Stärkung der Vereinten Nationen als einer friedensbewahrenden und friedensentwickelnden Stelle, eingeschlossen die Ausbildung von Spezialtruppen durch Mit-

gliedsstaaten, welche für friedenserhaltende Aufgaben der Vereinten Nationen zur Verfügung stehen sollen;

— eine bedeutende und andauernde Anstrengung in Verbindung mit anderen Nationen für einen entscheidenden und schnellen Fortschritt zu einer Waffenkontrolle und einer allgemeinen Abrüstung durch internationale Übereinkunft.

<sup>40</sup> Im einzelnen handelt es sich dabei um folgende Grundsatzdokumente:

World Community. Ethical Imperatives in an Age of Interdependence, adopted by the Fifth Biennial Convention, Minneapolis, Minnesota, June 25 till July 2 1970. Hg. vom Board of Social Ministry, Lutheran Church in America, New York.

Resolutions adopted by the American Baptist Convention, Minneapolis, Minnesota, May 12—16, 1971. Hg. von American Baptist Convention, Valley Forge, Pa.

United Methodist Church: The Bishop's Call for Peace and the Self-Development of Peoples. Hg. vom Board of Church and Society der United Methodist Church, 100 Maryland Avenue, N. E., Washington, D. C.

Die kritische Haltung der religiösen Gruppen der USA floß im Januar 1972 in der großangelegten Veranstaltung „An Ecumenical Witness“. Während der Veranstaltung, an der Vertreter der protestantischen, orthodoxen und katholischen Kirchen sowie der jüdischen Gruppen in den USA teilnahmen, wurde das Dokument „Message and Action Strategies. An Ecumenical Witness, January 13—16, 1972, Kansas City, Missouri“ erarbeitet. In dem ersten Teil „Message“ werden verschiedene Empfehlungen an die beteiligten Denominationen, Kirchen und Gruppen gerichtet: Eintreten für ein Ende des Vietnamkrieges, Unterstützung der Kriegsdienstverweigerer, Ablehnung von jeder Form von Krieg, Unterstützung der Arbeit der UNO, Hinwirken auf eine allgemeine Abrüstung in der Welt, Überwindung der Unterentwicklung, Befürwortung der Selbstbestimmung der Völker, Beendigung der Rassenpolitik, Angebot pastoraler Hilfe an Reiche und Arme, Farbige und Weiße, „Falken“ und „Tauben“.

<sup>41</sup> Vgl. oben Abschnitt „Organisatorische Voraussetzungen für das friedensorientierte Verhalten der Kirchen“.

<sup>42</sup> Statement on Peace, 18. November 1966, hg. von der National Conference of Catholic Bishops.

<sup>43</sup> Resolution on Peace, 16. November 1967, hg. von der National Conference of Catholic Bishops.

<sup>44</sup> Das humanitäre Problem der Kriegsgefangenen ist in einer Erklärung der National Conference of Catholic Bishops vom November 1969 aufgegriffen.

Vgl. auf protestantischer Seite „A Message to the Churches on Viet-Nam“ und „Policy Statement on Viet-Nam“, angenommen vom General Board des National Council of the Churches of Christ in the USA am 3. Dezember 1965; „An Appeal to the Churches Concerning Vietnam“, angenommen von der General Assembly des National Council of the Churches of Christ in the USA am 9. Dezember 1966; „Resolution on Vietnam“, angenommen vom General Board des National Council of the Churches of Christ in the USA am 15. September 1967. Der gleiche Argumentationszusammenhang in den katholischen und protestantischen Stellungnahmen ist evident.

<sup>45</sup> Statement on the Catholic Conscientious Objector, 15. Oktober 1969, hg. von Division of World Justice and Peace, United States Catholic Conference.

<sup>46</sup> Declaration on Conscientious Objection and Selective Conscientious Objection vom 21. Oktober 1971, United States Catholic Conference.

<sup>47</sup> Vgl. oben Anm. 34 und 35.

<sup>48</sup> Der offene Kampf gegen die Einberufung junger Männer stempelte die Gruppe um Daniel Berrigan in den Augen der Anhänger von „Law and Order“ zu krimi-

nellen Elementen. Berrigan dagegen: „We are not criminals, but we choose to be exiles in our own land“ (Daniel Berrigan, *America is Hard to Find*, London, S. P. C. K., 1973, S. 35). Die Kritik an der politischen Führung wendet sich auch gegen die Kirche: „The American Church knows little of such realities. Many of our leaders are effectively inoculated against Christ and his Spirit. Many of them spend their lives in oiling the ecclesiastical machinery, and on Sundays conduct the White House charades that go by the name of worship. Nothing, literally nothing, is to be expected from such men, except the increasing suffocation of the Word, and the alienation of the passive from the realities before us“ (ebd. S. 36). Berrigans Agitation hat einen ethischen Untergrund und ist daher als die auf Personen bezogene Zusammenfassung möglichen politischen Handelns der Kirchen zu erfassen: „... we must begin again, where we live. The real question of the times is not the conversion of cardinals or presidents, but the conversion of each of us“ (ebd.). Zur Motivation der Berrigan-Gruppe: ebd. S. 35—38 („Letter to the Jesuits“) und S. 179—191 (Epilogue). Vgl. Daniel Berrigan, *Die dunkle Nacht des Widerstands*, Limburg 1972.

<sup>49</sup> Resolution on Southeast Asia, November 1971, National Conference of Catholic Bishops.

<sup>50</sup> „It is our prayerful hope that we in America will have learned from the tragedy of Vietnam important lessons for reconstructing a world with justice and a world at peace“ (ebd.).

<sup>51</sup> Pastorale Konstitution Nr. 80. Ebenso Nr. 78: „Pax non est mera absentia belli, ... sed recte proprieque dicitur ‚opus iustitiae““. Zur Friedenslehre des Vatikanum II vgl. das fünfte Kapitel des zweiten Teils der genannten Pastoralen Konstitution („Die Förderung des Friedens und der Aufbau der Völkergemeinschaft“ Nr. 77—90).

<sup>52</sup> Vgl. das Dokument der Katholischen Bischofskonferenz zum 25. Jahrestag der Gründung der Vereinten Nationen: 25th Anniversary of the United Nations. Statement, April 22, 1970 (released May 8, 1970).